



Dr. Katarina Barley
Mitglied des Deutschen Bundestages



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick :**

10. März 2015 | Nr. 16

In Würde leben – In Würde sterben

ERINNERUNG: Diskussion zur Sterbehilfe am 11. März in Trier

KATARINA BARLEY:
Mitglied des Deutschen Bundestages

KLARTEXT:
In Würde leben - In Würde sterben

Diskussionsveranstaltung zur Sterbehilfe
mit **Bischof Dr. Stephan Ackermann** und
Dr. Katarina Barley, MdB

11. März 2015, 19:00 Uhr
Römersaal Stift St. Irminen (Irminenfreihof 2, 54290 Trier)

Wie erlebt man den Verlust von Autonomie, von Kontrolle? Wie geht man um mit Schmerz und Schwäche? Wird der Moment kommen, an dem man so nicht mehr leben möchte? Solche und ähnliche Fragen bestimmen die gesellschaftliche Debatte zur Sterbehilfe, denn sie treiben viele Menschen um. Im Deutschen Bundestag werden aktuell verschiedene Positionen und Gesetzentwürfe dazu vorbereitet. In Trier diskutiere ich dazu mit Bischof Dr. Stephan Ackermann. Die Diskussion wird von der Journalistin

Katharina Hammermann moderiert. Als Berichterstatterin im Rechtsausschuss des Bundestages ist es mir wichtig, im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses mit vielen Menschen über unterschiedliche Vorstellungen und Meinungen zur Sterbehilfe zu sprechen. Für den Auftakt der Diskussion konnte ich den Trierer Bischof Dr. Stephan Ackermann gewinnen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen, Fragen zu stellen und Meinungen in die Debatte einzubringen.



Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Diskussion zur Sterbehilfe starte ich in dieser Woche meine neue Veranstaltungsreihe unter dem Titel „KLARTEXT“.

In meinen Augen lebt Politik von der lebendigen Diskussion über das Für und Wider verschiedener Positionen. Nur wenig ist alternativlos. Der inhaltliche Austausch ist erklärtes Ziel dieser Veranstaltungen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf klar und verständlich formulierte Politikvorschläge. Darum geht es mir bei den KLARTEXT-Veranstaltungen.

Ich freue mich auf Rückmeldungen und wünsche zunächst viel Freude bei der Lektüre.

Liebe Grüße

Katarina

Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden

Katarina Barley: „Wir werden nicht nachlassen“ – Rede im Bundestag am 27. Februar

Am 27. Februar 2015 hat der Deutsche Bundestag über einen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur endgültigen Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften debattiert. Katarina Barley hat für die SPD-Bundestagsfraktion deutlich gemacht, dass das Bundesverfassungsgericht nicht Ersatzgesetzgeber in dieser Frage sein dürfe. Der Bundestag müsse längst gelebte Realität in der auch rechtlich Geltung verschaffen und die Diskriminierung beenden. Die SPD-Fraktion werde weiter dafür gegen die Widerstände bei CDU und CSU kämpfen. *Die Rede in Auszügen:*

„Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bei uns in Deutschland ist bunt, ist vielfältig, und das ist auch gut so. Es gibt viele unterschiedliche Formen des Zusammenlebens. Es gibt verheiratete Paare, unverheiratete Paare, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. All das ist in der Realität längst akzeptiert. [...] Leider findet diese Normalität noch keine vollständige Entsprechung in der Gesetzgebung. Bei den Rechten und auch bei den Pflichten besteht noch immer Handlungsbedarf, diese gesellschaftliche Realität auch rechtlich abzusichern. [...]

Bei den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften haben wir schon viel erreicht. Aber von einer hundertprozentigen Gleichstellung sind wir noch immer entfernt, [...] obwohl das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe immer wieder entschieden hat, dass Ungleichbehandlungen von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften verfassungswidrig sind. Wir alle hier im Hause wissen das. Aber noch immer findet rechtlich Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung statt. Noch immer werden gleichgeschlechtliche Paare in einer Reihe von Rechtsbereichen gegenüber Ehepaaren benachteiligt, zum Beispiel bei der Namensgebung des Kindes, bei der Übernahme von Mietverträgen sowie bei Insolvenz- oder Zwangsversteigerungsverfahren. Noch immer werden in einigen Vorschriften, vor allen Dingen im Zivil- und Verfahrensrecht, Lebens-

partnerschaften unterschiedlich behandelt, ohne dass es dafür einen überzeugenden Grund gäbe. [...]

Wir reden hier nicht über Rechtsvorschriften, sondern über real existierende



Katarina Barley: „Das Bundesverfassungsgericht ist kein Ersatzgesetzgeber.“

Menschen. Schon heute leben viele Kinder in gleichgeschlechtlichen Familien, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften; manche von ihnen im Wege der Sukzessivadoption rechtlich legalisiert als Familie, andere eben nicht. [...]

Wir müssen uns, glaube ich, schon darüber bewusst sein, welche Auswirkungen es hat, wenn wir sagen: Wir gewähren euch das Recht, eine normale Familie zu sein, eben nicht. [...]

Wir dürfen den Kindern, die in einer gleichgeschlechtlichen Familie groß werden und nicht unter die Regelungen einer Sukzessivadoption fallen, nicht den Eindruck vermitteln, dass sie weniger wert sind und dass ihre Familie in recht-

licher Hinsicht weniger eine Familie ist als eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft, die in den Genuss der Vorteile einer Sukzessivadoption gekommen ist. Ich bin mir ziemlich sicher, dass auch das Bundesverfassungsgericht das so sehen wird. [...]

Ich finde es als Juristin eher peinlich, wenn wir als Gesetzgeber unsere Verantwortung nicht wahrnehmen, sondern uns vom Bundesverfassungsgericht immer wieder sagen lassen müssen, dass wir unserer Verantwortung nicht gerecht werden. Die vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften ist uns ein Kernanliegen. Wir haben damit im Wahlkampf Werbung gemacht; das ist richtig. [...]

Wir haben den klaren Auftrag aus dem Grundgesetz und auch vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, die Gleichstellung vollständig umzusetzen. Das steht in unserem Koalitionsvertrag, und wir lassen dieses Ziel nicht aus den Augen. [...]

Das Bundesverfassungsgericht ist kein Ersatzgesetzgeber. Die Pflicht und das Recht zur Gestaltung liegen beim Parlament. Alles andere wäre für uns ein Armutzeugnis. Wir werden weiterhin auf die Umsetzung des Koalitionsvertrags dringen. Der Justizminister hat einen Referentenentwurf vorgelegt; der Kollege Brunner hat das schon ausführlich beleuchtet. Wir werden nicht nachlassen, bis zum Ende der Legislaturperiode hier noch Verbesserungen vorzunehmen. Vielen Dank.“

Die SPD arbeitet Stück für Stück ihr Wahlprogramm ab Gesagt, getan: Frauenquote und Mietpreisbremse im Bundestag beschlossen

Die Quote ist Gesetz!

Am 8. März 2015 konnten wir einen historischen Frauentag feiern: Es ist der letzte seiner Art, der ohne eine gesetzliche Quote für Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst stattfindet. Pünktlich zum Internationalen Frauentag wurde der Gesetzentwurf zur Quote von Frauenministerin Manuela Schwesig am 6. März im Parlament verabschiedet.



Die Zeiten der wirkungslosen freiwilligen Vereinbarungen sind damit endgültig vorbei. Die jahrzehntelangen Forderungen der Frauenorganisationen werden nun endlich Gesetz – ein historischer Schritt, der auch bei Aktionen zum Internationalen Frauentag gewürdigt wird.

Mit der Quote wird ein weiteres wichtiges SPD-Projekt aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich abgeschlossen. Für Aufsichtsräte von börsennotierten und vollmitbestimmungspflichtigen Unternehmen gilt damit in Zukunft eine feste Ge-

schlechter-Quote von 30 Prozent. 3.500 weitere Unternehmen sind verpflichtet, feste Zielgrößen für ihre Aufsichtsräte und die zwei darunter liegenden Führungsebenen zu erstellen und einzuhalten. Für die Gremien des öffentlichen Dienstes gilt ebenfalls eine Quote von 30 Prozent, die im Jahr 2018 auf 50 Prozent erhöht wird. Außerdem wird das Bundesgleichstellungsgesetz modernisiert.

Mehr Frauen in Führungspositionen sind ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Das Gesetz zur Quote kann aber nur ein Bau-

stein von vielen sein, denn Gleichstellung bezieht sich auf alle Lebensbereiche und nicht nur auf Karrierewünsche. Deshalb wollen wir mehr: ein starkes Gesetz zur Entgeltgleichheit, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von noch immer erschreckenden 22 Prozent zu bekämpfen, eine Familienarbeitszeit sowie den Ausbau von Ganztags-Kitas und –Schulen für eine bessere Vereinbarkeit. Die Kombination von Familie, Freizeit und existenzsichernder Erwerbsarbeit muss für alle möglich sein – unabhängig vom Geschlecht.

Mietenanstieg bremsen!

Am 5. März hat der Deutsche Bundestag die Mietpreisbremse beschlossen. Justizminister Heiko Maas (SPD, Foto) hat sich durchgesetzt. Siehe dazu auch Berliner Einblick Nr. 7.



IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 10.03.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 09.03.2015

SPD-Konferenz zum Freihandel

Chancen und Risiken von CETA und TTIP in der Diskussion

Ende Februar hat der SPD-Parteivorstand eine Konferenz zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP durchgeführt. Beide Vorhaben stehen stark in der Kritik. Die SPD hat Ängste und Sorgen ebenso wie Chancen und Risiken diskutiert. Die Konferenz ist als Videoaufnahme im Internet verfügbar.



Volles Willy-Brandt-Haus – Mit dabei auch EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström

Mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte die SPD am 23. Februar bei ihrer Konferenz „Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin begrüßen. Mit dabei waren Vertreterinnen und Vertreter aus der europäischen und deutschen Politik, aus Gewerkschaften, Kultur, Wissenschaft, Verbraucherschutz und Medien. Mehr als 9000 Menschen verfolgten die Diskussionen im Internet-Live-Stream.

Über das Internet bestand auch die Möglichkeit, Fragen an die Konferenz zu richten. 800 Stück gingen bereits vor dem Beginn ein. Das ist eine enorme Beteiligung, die zeigt, wie sehr CETA und TTIP die Menschen bewegen. Deshalb ist die offene und öffentliche Diskussion in der SPD und mit der SPD so wichtig.

Zu dieser Offenheit gehört auch, dass die Debatten in den Hearings und die Ergebnisse der Konferenz dokumentiert

wurden. Insgesamt gab es drei Fachanhörungen zu Arbeit/Wirtschaft, Verbraucherschutz und Kultur. Alles ist online abrufbar unter

www.spd.de/aktuelles/faktencheck_ttip_ceta/

Ein konkreter Vorschlag, den die Konferenz unterstützt hat, sind internationale Handelsgerichtshöfe statt privater Schiedsgerichte. Diese Forderung müsse bei CETA nachverhandelt werden, so der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europäischen Parlament (EP) Bernd Lange (SPD). Der Skepsis der EU-Handelskommissarin sollte die SPD mit der klaren Ansage von EP-Präsident Martin Schulz entgegenreten: „CETA ist noch nicht unterschrieben. Darum kann es auch noch verbessert werden.“ Am Ende entscheiden gewählte Abgeordnete. Das gilt für CETA ebenso wie für TTIP.

„Demokratie leben!“: 165000 Euro für die Region

165.000 Euro fließen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in die Region Trier. Die Stadt Trier sowie die Verbandsgemeinden Saarburg und Konz erhalten jeweils 55.000 Euro für den Kampf gegen rechte Gewalt.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ unterstützt Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen. Vor Ort können unter anderem Maßnahmen gegen Antisemitismus und Homophobie sowie zur Unterstützung von Flüchtlingen finanziert werden.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung und Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure Hand in Hand miteinander kooperieren müssen. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ schaffen wir nachhaltige Strukturen in der Präventionsarbeit.

Neue Homepage der Parlamentarischen Linken

Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Internetauftritt überarbeitet.

Unter **www.parlamentarische-linke.de** wurde vor allem optisch ordentlich aufgeräumt. So sind die Positionen der PL-Mitglieder sowie die Veranstaltungsdokumentationen einfacher zu finden. Die gewohnt hohe Qualität der Beiträge wurde selbstverständlich beibehalten.

